

# grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt



## Inhalt

Abstimmung der Landhof bleibt Grün	2-3
Klimakonferenz Kopenhagen	4-5
Energieautarke Gemeinden	6-7
nat. Abstimmungen 7. März	8
junges grünes bündnis	9
Infomarkt und Varia	10

**Der Landhof bleibt Grün**  
**Klimakonferenz Kopenhagen**  
**Energieautarke Gemeinden**

## Abstimmung vom 7. März 2010: Der Landhof bleibt grün

Nach den vielen Diskussionen, Überbauungsprojekten und Gegenvorschlägen kommt unsere Initiative nun am 7. März zur Abstimmung. Beim Gegenvorschlag der Regierung wurde die Anzahl der Wohngebäude zwar von 4 auf 3 reduziert, ein grosser Teil der sehr raren Grünfläche im Quartier würde aber trotzdem verloren gehen.

Euphorisch reden die Überbauungsbefürworter von Aufwertung, nachdem sich der Kanton seit dem Auszug des FCB im 2001 nicht gross um das Areal gekümmert hat. Das Wettsteinquartier braucht diese Grünfläche. Das zeigen die vielen Kinder und Jugendlichen, welche heute im Sommer und Winter den Landhof erobert haben. Sie haben keine Alternativen. In diesem Artikel gehe ich kurz auf die Entwicklung des Kleinbasels ein, um auf die fadenscheinigen Argumente der Befürworter des Gegenvorschlages Antworten geben zu können.

### Impressum

grüner pfeffer -  
Informationsbulletin der  
Grünen Partei Basel Stadt

#### Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,  
Greifengasse 7, Postfach 1442,  
4001 Basel,  
061/383 98 33,  
sekretariat@gruene-bs.ch,  
www.gruene-bs.ch  
PC 40-19338-4

#### Auflage:

ca. 950 Stk., erscheint 4 mal jährlich

#### Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im  
Jahresbeitrag inbegriffen)

#### Redaktion:

Christine Beckert, Philippe  
Bovet, Harald Friedl, Eveline  
Rommerskirchen

#### Druck:

Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 01 |  
Februar 2010

### NICHT DIE LETZTEN GRÜNFLÄCHEN VERBAUEN

Das Wettstein- und Rosentalquartier gehört zu den am dichtesten besiedelten Gebieten von Basel. In den letzten Jahren wurden viele Grünflächen vermindert. Es darf im Quartier nicht noch mehr Grünraum verloren gehen.

Darum am 7. März Ja zur Initiative  
«Der Landhof bleibt grün».



Weiter Informationen: [www.landhof.ch](http://www.landhof.ch) - [www.landhof-initiative.ch](http://www.landhof-initiative.ch) - Facebook: «Der Landhof muss erhalten bleiben» - Spenden: PC 40-42390-4

Das Kleinbasel hat wesentlich zum **Projekt 5000 neue Wohnungen für Basel** beigetragen. Auf verschiedenen Arealen wurden und werden grosszügige Wohngebäude errichtet. Im Matthäusquartier hat man das Vischerareal sowie die Wohnüberbauung am Rheinweg und im Wettsteinquartier das ehemalige Fabrikareal von Nielsen-Bohny, das Warteckareal und das Geviert beim Schaffauser Rheinweg mit Wohngebäuden bestückt. Im Rosental entsteht das Erlenmattareal. Daneben wurden zahlreiche kleine Häuser abgerissen und durch grössere Neubauten ersetzt. Weitere Wohnüberbauungen sind in Planung, z.B. auf dem heutigen Areal des Kinderspitals. Währenddem im Grossbasel die Bevölkerung abnahm, hat sie im Wettstein- und Rosentalquartier in den letzten 10 Jahren zugenommen.

**Neue Arbeitsplätze:** Doch nicht nur Wohnüberbauungen führten zu einer Verdichtung. Auch durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und publikumsintensiver Einrichtungen wurden Grün- und Freiflächen reduziert. Sowohl bei der Umzonung um die Messe und beim Bau des Tinguely Museums im Solitude-Park wurde kein

Grünflächenersatz zur Verfügung gestellt. Beim Messehochhaus hat man zwar die Vergrösserung der Rosentalanlage versprochen. Diese wird jedoch, sofern sie jemals realisiert wird, nicht für die Bevölkerung, sondern für die Messebesuchenden von Bedeutung sein und auch weiterhin für Messerveranstaltungen zur Verfügung stehen. Demnächst realisiert die Messe einen Erweiterungsbau über einer Freifläche, und die Roche plant ein gigantisches Hochhaus. Tausende von Arbeitsplätzen und publikumsintensive Messen führen zu Mehrverkehr und einer zusätzlichen Belastung für die Bewohnerschaft.

### Verdichtungen machen Sinn, wenn gleichzeitig Grün- und Freiflächen geschaffen, bzw. erhalten werden.

In Quartieren, welche bereits europaweit zu den dichtbesiedeltesten und arbeitsplatzintensivsten gehören, braucht es Freiräume zur Erhaltung der Wohnqualität. Bei all diesen Überbauungsplänen ist es schwer nachzuvollziehen, dass die letzte grössere Grünfläche überbaut werden soll.

**Das Wohnprojekt der Regierung ist eine Mogelpackung.** Es wird

erklärt, dass 85 % des Areals grün bleibt. Effektiv werden aber nur 51 % in die Grünzone eingezont, denn neben den Baufeldern müssen noch private Freiflächen und Zugangswege berücksichtigt werden. Unter der Grünfläche ist ein Parkhaus geplant, grosse Bäume werden dort nicht möglich sein. Die grosszügige Fläche für einen Fussballmatch verschwindet, lauschige Spiel- und Begegnungsflächen entfallen. Leidtragende sind Kinder, Jugendliche, Familien, ja alle Quartierbewohnenden, aber auch Vereine, welche heute dort trainieren.

Nicht nur Fachleute, auch die Regierung betont regelmässig, dass Freiflächen in Wohnquartieren für die Entwicklung und die Gesundheit der Kinder wichtig sind, Orte, welche sie ohne Begleitung selbst erreichen können. Dass ein solcher Platz den Jugendlichen und

Kindern weggenommen werden soll, ist schwer nachzuvollziehen. Zugegeben, die Tribüne verstellt heute einen grossen Teil des Areals. Niemand hängt an diesem Riegel. Ohne Weiteres könnte man diese durch einen kleinen, zweckmässigen Pavillon ersetzen und so den Landhof zu einem Park mit Sportgelegenheit aufwerten, einem Begegnungs- und Erholungsort. Den Wert einer grünen Lunge mitten im dicht bebauten Wohnquartier darf man nicht unterschätzen.

**Mit der Wohnüberbauung auf dem Landhofareal verbaut man sich die Zukunft in zweierlei Hinsicht:**

Die letzte grosszügige öffentliche Grünfläche des Wettsteinquartiers verschwindet. Kinder und Jugendliche verlieren den wertvollen Begegnungs- und Bewegungsort.

Die Lebens- und Wohnqualität im Quartier wird verschlechtert.

Ein späterer Ausbau der Blockrandbebauung, wie es eine Expertengruppe aus Architekten und Stadtplanern vorschlägt, wird verunmöglicht. Die kleinen Zimmer entsprechen nicht mehr heutigen Familien-Ansprüchen und müssten eigentlich gegen den Landhof erweitert werden. Die Überbauung würde dies verhindern und auch nächsten Generationen jede Gestaltungsmöglichkeit nehmen.

**Wer weitsichtig denkt, stimmt darum JA zur Initiative und Nein zum Gegenvorschlag.  
Stichfrage: Initiative**



**Anita Lachenmeier**  
Nationalrätin Grüne  
Basel-Stadt

**Der Landhof lebt**

Nach dem Auszug des FCB ins neue Stadion wurde der Landhof zu einem beliebten öffentlichen Treffpunkt für das ganze Quartier. Kindern und Jugendlichen, Familien und Senioren bietet er eine niederschwellige Möglichkeit für Bewegung, Kreativität und Abenteuer. Aber auch Musse und Begegnung kann man auf dem Landhof erleben. Für Grossgruppenspiele wie Alpenbaseball, Frisbee, Fussball, Unihockey, Volleyball, Faustball usw. eignet sich das Fussballfeld aus alten FCB-Zeiten hervorragend. Eine vergleichbare Grünfläche mitten im Quartier, zu Fuss wie mit dem Velo sehr gut erreichbar, geschützt wie ein grosser Hinterhof, gibt es im oberen Kleinbasel sonst nirgends. Besonders für Schulen, Kindergärten, Tagesheime, Spielgruppen und Senioren ist es von grossem Vorteil, eine Grünfläche in kurzer Distanz zur Verfügung zu haben.

**Kinder toben sich aus**

Regelmässig verbringen Kinder ihre Freizeit sinnvoll mit Spiel und Bewegung auf dem Landhofareal. Dieses bietet nebst der grossen Rasenfläche auf dem Spickel auch ein Naturspielgelände mit Feuerstelle und Klettergerüst sowie eine Bikebahn an.

**Freiraum für Freizeitaktivitäten**

Das Tribünengebäude bietet Raum für die verschiedensten Freizeitaktivitäten wie den Jugendtreff, das Malatelier, die Werkstatt, das Restaurant. Ausserdem beherbergt es die Garderoben und Sanitärräume für die sportlichen Anlässe.

Im städtischen Raum braucht es im Interesse einer attraktiven Stadtentwicklung solche Grünflächen, die, wie anderorts ein Wald, Raum bieten für die Freizeitgestaltung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen. Der Landhof hat sich dank Eigeninitiative von Vereinen, Sportclubs und Einzelpersonen zu dem entwickelt, was er heute ist: ein belebter und beliebter Ort der Begegnung und der Bewegung.

Gönnen wir dem oberen Kleinbasel diesen einzigartigen Raum.



## Weltklimakonferenz in Kopenhagen Kollektive Verantwortungslosigkeit der Staatschefs

Der Klimagipfel in Kopenhagen hat seine zentralen Ziele verfehlt. Wer wie die Grünen gefordert hatte, dass in Kopenhagen CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für Industrie- und Schwellenländer rechtlich verbindlich vereinbart werden, sieht sich grausam enttäuscht. Jetzt besteht frühestens an der 16. UNO-Weltklimakonferenz Ende dieses Jahres in Mexiko die Möglichkeit, ein verbindliches Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu beschliessen. Wertvolle Zeit geht verloren.

Zwar kam die gesamte Führungselite der Welt - von Obama bis hin zu Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao - nach Kopenhagen. Es sei Zeit, vom Reden zum Handeln überzugehen, wurde in allen Reden beschworen. Aber die Konferenz verlief chaotisch, die dänische Verhandlungsführung war überfordert, der Konflikt mit den Entwicklungsländern eskalierte, eine ausgehandelte Kompromissformel zwischen den USA und China erwies sich nicht als tragfähig. Zustande kam am Schluss ein Minimalkonsens, ein völkerrechtlich nicht bindender „Copenhagen Accord“, der lediglich zur Kenntnis genommen wurde.

### Der Copenhagen Accord

In diesem Papier wird immerhin erstmals die Notwendigkeit anerkannt, die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad zu begrenzen. Dieses Ziel wurde aber nicht in entsprechende Reduktionsziele umgesetzt, sondern bis Ende Januar 2010 sollen die Regierungen der Industrieländer ihre Reduktionsziele und die Schwellenländer ihre Aktionsziele einreichen. Was bisher vorliegt, bedeutet für die Welt jedoch ein Pfad in Richtung 3 bis 3.5 Grad Temperaturanstieg. Auf das Ziel, den Treibhausgasausstoss bis 2050 mindestens zu halbieren, konnte man sich nicht einigen. Das Papier enthält die Zusage, dass die reichen Länder den Entwicklungsländern bis 2012 insgesamt 30 Milliarden Dollar Klima-

schutz-Hilfen zur Verfügung stellen und dass die Summe bis 2020 auf 100 Milliarden anwachsen soll.

### Wie weiter?

Wenn das 2-Grad Ziel erreicht werden soll, dann dürfen bis Ende des 21. Jahrhunderts nur noch 750 Gigatonnen CO<sub>2</sub> ausgestossen werden. Zur Zeit sind es jährlich 36 Gigatonnen, d.h. in 20 Jahren wäre das CO<sub>2</sub>-Emissionsbudget aufgebraucht. Die grossen Schwellenländer haben in Kopenhagen Aktionspläne vorgelegt, die ihre Emissionen um 28% unter das „Weiter-so-Szenario“ drücken sollen, erfreulich nahe an den geforderten Zielen. Die Industrieländer legten bisher nur Reduktionsziele vor, die deutlich unter den notwendigen Reduktionen bleiben. Nach Kopenhagen ist demnach die Herausforderung zur Vermeidung eines katastrophalen Klimawandels noch grösser geworden. Ist in einem Jahr ein Abkommen überhaupt noch möglich, das mit der 2 Grad-Erwärmungsbegrenzung kompatibel ist? Ohne Zweifel, es braucht internationale Abkommen; das Verfahren der UN-Klimarahmenkonvention wird sich aber nach Kopenhagen kritischen Fragen stellen müssen.

### Reduktionsziele über den Minimalkonsens hinaus!

Dringend notwendig sind jetzt national und lokal Koalitionen für Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Regenwaldschutz, die über den derzeitigen Minimalkonsens der Staaten hinausführen. Die Zivilgesellschaft muss dauerhaft Druck auf Politik und Wirtschaft ausüben, damit Klimaschutz zuoberst auf der Agenda bleibt und die notwendigen Reduktionsziele erreicht werden. Die EU sollte sich genauso wie die Schweiz im Januar darauf verpflichten, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 30% und nicht wie bisher zugesagt, nur um 20% zu verringern. Ein solcher Schritt würde dabei helfen, dass das US-Klimaschutzgesetz den Senat passiert und die US-Regierung mehr Handlungsspielraum in der Klimapolitik erhält. Beides könnte neue Dynamik bringen. In der Klimapolitik sollte sich die Erkenntnis Bahn brechen, dass wer voran geht, gewinnt.



**Jürg Stöcklin**  
Präsident Grüne  
Partei Basel-Stadt



Mit einer Aktion zur Klimaschutzkonferenz am 3. Dezember 2009 auf dem Marktplatz haben wir für Aufsehen gesorgt.



## Klimademonstration in Kopenhagen: Ein Erlebnisbericht

Freitag 10:20 h: Ein nicht allzu warmer Empfang in der Stadt, in welcher die grösste Versammlung aller Zeiten stattfindet. Es ist eine Polizei- und Militärfestung. Nach 10 Minuten die erste Festnahme neben uns. Zwei Japaner in Arktis-Montur mit Helm, Stirnlampe, Daunenkleidern, Steigeisen und Eispickel werden aus unerfindlichen Gründen mitgenommen.

Wir besuchen „Hopenhagen“, ein Platz, der aussieht als wäre Herbstmesse. Hier präsentieren sich die Grossen: SIEMENS und Coca Cola sponsern und plärren ihr grosses Engagement im Klimaschutz heraus. Wir wollen Taten sehen, keine Werbekampagnen!

Am Abend gehen wir ins Klimaforum, wo sich die NGOs eingerichtet haben. Es gibt Ausstellungen, Talks, Stände. Wir treffen unsere Gruppe und sind nun offiziell Teil der Friends of the Earth Switzerland (Pro Natura). Am Samstagmorgen machen wir zusammen mit allen anderen Friends of the Earth und bestückt mit blauen Pelerinen eine grosse Welle durch Kopenhagen. Wir protestieren gegen den ungerechten und ineffektiven Zertifikatehandel. „What do we want? Climate justice! When do we want it? Now!“



Der Demonstrationzug in Kopenhagen. An vorderster Front Mirjam Ballmer zusammen mit der Grünen Delegation.

Vor dem Parlamentsgebäude besammeln sich für die anschließende Grossdemonstration gegen 100'000 Leute. Wir marschieren ca. dreieinhalb Stunden durch Kopenhagen bis vor's Bella Center, wo die Konferenz stattfindet. Die Kreativität der Demonstration ist umwerfend; von StaatschefInnen als Marionetten über die Suche nach einem Arzt für die Weltkugel bis zu Schneemännern und brennenden Pandabären ist alles zu finden. Es macht Spass, und das

Anliegen ist klar: ein Abkommen, das Klimagerechtigkeit schafft und echte Massnahmen gegen die Erwärmung unseres Planeten ergreift. In Kopenhagen haben wir ein starkes Zeichen gesetzt: „Act now!“  
Auszug aus: Kopenhagen live ([www.mirjamballmer.ch](http://www.mirjamballmer.ch))



**Mirjam Ballmer**  
Grossrätin,  
Geschäftsleitung  
Grüne Basel-Stadt

# Der Klimakollaps liegt Deiner Hand.

## Die erneuerbare Zukunft auch.

### «NWA Nie wieder Atomkraftwerke»...

...ist die einzige überregionale Organisation der Schweiz, die sich auf die Kernthemen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Anti-Atomkraft konzentriert. NWA arbeitet im Vorstand der «Allianz Nein zu neuen AKW» und wird gegen jedes neue AKW das Referendum ergreifen.

# Deine Taten.

Die nachhaltige Energie-Zukunft braucht  
Werde Mitglied bei NWA Schweiz. Online auf [www.niewiederakw.ch](http://www.niewiederakw.ch) oder mit diesem Talon

---

Ich will NWA-Mitglied werden und freue mich auf die Unterlagen an meine Adresse (danke für leserliches Schreiben):

Vorname, Name .....

Strasse Nr. ....

PLZ Ort .....

E-Mail .....

Datum, Unterschrift .....

Der Mitgliederbeitrag bei NWA Schweiz beträgt 25.- pro Jahr.  
Herzlich Willkommen bei NWA, Murbacherstrasse 34, 4056 Basel!



**NIE WIEDER  
ATOMKRAFTWERKE**

## Energieautarke Gemeinden - Ein Projekt am Ökozentrum

**Ursula Dold, Sie sind im Ökozentrum Langenbruck (BL) u.a. zuständig für das neue Projekt 'Energieautarke Gemeinden und Regionen'. Was ist eine energieautarke Gemeinde?**

Eine energieautarke Gemeinde produziert ebenso viel Energie wie sie selber braucht und das in allen Bereichen, nämlich Strom, Wärme und Verkehr. Die Herstellung findet mit allen erneubaren Energieträgern statt: Sonne, Wind, Kleinwasserkraft, Biomasse... Es gibt im Bereich Autarkie kein Label mit bestimmten und festgelegten Kriterien. Das ist ein Vorteil, es ist also ein dehnbarer Begriff. Eine Gemeinde kann langsam beginnen, z.B mit der Wärme, und sich fragen, ob sie nicht ein kleines Wärmenetz brauchen kann.



*Freundlicher Empfang beim Ökozentrum Langenbruck. Ursula Dold, Projektleiterin energieautarke Gemeinden.*

**Die erste und einfachste Stufe ist wahrscheinlich die Stromautarkie?**

Sicherlich. Diese kann etwa mit Fotovoltaik oder Windenergie schnell erreicht werden. Es gibt in Deutschland und Österreich ehrgeizige Gemeinden, die sich mit allen Themen befasst haben und auch die Mobilität in den Griff gekriegt haben, indem sie das lokale ÖV-Netz auf Strom umgestellt haben.

**Warum haben Sie mit dem Suchen nach energieautarken Gemeinden begonnen?**

Einerseits weil wir uns von den fossilen Energien verabschieden müssen, andererseits weil die Gemeinden in ihrem Gebiet selber entscheiden und gestalten können und dieser Weg zur Energieautarkie einen Motor für regionales Wirtschaftswachstum bildet. Die Versorgung mit eigener Energie verlangt Investitionen, die Anlagen müssen bestehen und gewartet werden. Das schafft und erhält Arbeitsplätze, die vor Ort funktionieren. Das macht die Gemeinde attraktiv, und die Leute bleiben. Es kommen auch neue dazu, und man kann damit den Dorfläden, die Post, den Arzt... behalten, also echte Lebensqualität durch Nähe schaffen.

**Wann und wie haben sie mit diesem Programm begonnen?**

Vor gut einem Jahr haben wir angefangen. Wir hatten lokale Agendaprozesse begleitet und dabei festgestellt, dass Gemeinden es schwer hatten mit offenen Agenda-Konzepten. Eine Projektgruppe entwickelte ein Konzept, das in der Gemeinde nachhaltig umgesetzt werden kann und hatte es nicht gern, wenn nicht umgesetzt wird, was sie erarbeitet hatten. Es gab also bestimmte Reibungsschwierigkeiten mit den Agendaprozessen, und der Förderverein hat sich leider aufgelöst. Mit der Autarkiefrage ist der Ablauf sehr ähnlich wie bei der lokalen Agenda, aber das Ziel ist konkreter: eigene Energie für den eigenen Gebrauch. Man holt die Bevölkerung rein, macht Veranstaltungen, entwickelt ein methodisches Vorgehen... Man hat einen offenen Ausgang, die Idee ist, möglichst viel Energie selber herzustellen und unabhängig zu werden. Eine Gemeinde kann nicht befehlen, dass sich jemand eine Solaranlage aufs Dach baut oder dass die Bürger sich zusammmentun um eine PV-Anlage zu realisieren, aber mit einer Gruppe von motivierten Bürgern, die sich mit der autarken Frage beschäftigen, können solche Ziele einfach erreicht werden.

**Wie viele Gemeiden haben Sie in der Schweiz kontaktiert?**

Wir haben die meisten Energiestädte, Gemeinden, die nachhaltige Projekte führen und Energiedirektoren angeschrieben. Wir haben sehr weit gestreut und ca. 100 angeschrieben und nachtelefoniert. Wir haben vier positive Antworten bekommen: zwei Gemeinden und zwei Gruppierungen aus zwei anderen Gemeinden.

**Sind Sie enttäuscht, dass sich keine Energiestadt gemeldet hat?**

Diese Gemeinden machen schon was und bekommen ein Label dafür, aber sie engagieren sich nicht für einen Prozess, der über zwei oder drei Jahre immer wieder Veranstaltungen verlangt und zu einem allgemeinen Thema werden soll. Vom Wünschen her hätte ich mir mehr gewünscht sicher, aber vom Verstehen her kann ich das nachvollziehen. In Deutschland gibt es wesentlich mehr finanzielle Anreize, um persönlich etwas Konkretes im erneubaren Bereich zu machen als in der Schweiz. Hier wurde die kostendeckende Einspeisevergütung nach kurzer Zeit und trotz grossem Erfolg gedeckelt. Im letzten Sommer war ich in Deutschland am Kongress der 100% Erneuerbar, da waren

500 Leute anwesend, die Hälfte Vertreter von Gemeinden. Wir haben auch das Dorf Alheim in der Nähe von Kassel besucht, das beinahe stromautark ist. Das ganze Dorf ist in den Prozess involviert, beinahe jeder hat eine Anlage auf seinem Dach oder Anteile an der grossen PV-Dorfanlage, die auf Schutzunterständen auf einem Feld für freilaufende Hühner steht. Das Dorf hat auch einen Park mit ca. 100 PV-Tracker, die der Sonne nachgehen.



### Das Ökozentrum in Langenbruck:

Seit 30 Jahren wird am Ökozentrum in der Baselbieter Juragemeinde Langenbruck an der Energiezukunft geforscht. Das Kompetenzzentrum für nachhaltige Entwicklung wird getragen durch die in Langenbruck ansässige Stiftung für angepasste Technologie und Sozialökologie (SATS). Als unabhängige und gemeinnützige Institution fördert die Stiftung:

- umweltverträgliche Technologien
- Strukturen, die soziale, ökologische und ökonomische Zielsetzungen in Einklang bringen
- das Know-how für die Umsetzung nachhaltiger Systeme.

Das Ökozentrum finanziert sich zu einem grossen Teil durch Auftragsarbeiten auf dem freien Markt. Für die Entwicklung von innovativen und zukunftsweisenden Projekten ist es aber auch auf die finanzielle Unterstützung von GönnerInnen angewiesen.

### **Kann man nicht sagen, dass es einen Informationsmangel gibt, wenn solche Projekte in der Schweiz sich nicht durchsetzen? Haben die GemeindepräsidentInnen genügend Kenntnis bzgl. Energiefragen und den Vorteilen?**

Man sollte schon eine grosse und generelle Informationskampagne organisieren, die wir hier am Ökozentrum nicht machen können. Wir müssen auch die Aufmerksamkeit der Leute und Verantwortlichen holen, die wenig Ahnung von den Themen und oft zu wenig Zeit zum Zuhören haben. Wir bekamen oft als Rückmeldung etwas wie 'wir haben eine Thermieanlage für das Schwimmbad gebaut, genehmigen alle Solaranlagen, wenn Bürger welche installieren', was soviel bedeutet wie 'wir tun schon genug, danke'. Leider werden die wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht gesehen. Von Basel aus braucht man nur nach Schönau im Breisgau zu fahren, um eine autarke Gemeinde anzuschauen. Diese Idee der Unabhängigkeit sollte der Schweiz gut gefallen. Das Geld bleibt lokal und wird nicht exportiert.

### **Wie werden Sie mit den ersten interessierten Gemeinden arbeiten?**

Wenn eine Gemeinde informiert und interessiert ist, vereinbaren wir mit ihr ein Konzept, nach dem sie vorgehen will. Dann kommt eine konkrete Einleitungsphase und eine Evaluation von dem, was möglich und sinnvoll ist. Wir haben hier im Ökozentrum das technische Know-how. Wir werden die

Gemeinde so begleiten, dass der Prozess von selbst läuft. Wenn der gemeinsame Wille da ist, kann die Gemeinde die weiteren Schritte selber machen. Innerhalb dieses Rahmens der Energieautarkie möchten wir koordinativ mit anderen Gruppen und Organisationen zusammenarbeiten, wie Windenergie- oder Effizienzexperten, oder Greenpeace mit dem Jugendsolarprojekt, verschiedenen Fachverbänden wie Eurosolar-Schweiz, dem Verein solarspar... Wir würden gern unsere Kräfte bündeln, um das Anliegen weiterzubringen. Vielleicht auch mit den Grünen?

### **Informationen:**

#### **Ökozentrum Langenbruck:**

[www.oekozentrum.ch](http://www.oekozentrum.ch)

#### **Kongress 100% Erneuerbar**

[www.100-ee-kongress.de](http://www.100-ee-kongress.de)

#### **energieautarke Gemeinden:**

##### **Gemeinde Schönau, DE:**

<http://www.enegieblog.de/2007/11/19/schoenau-im-schwarzwald-und-seine-stromrebellien/>

##### **Gemeinde Vaxjö, Schweden:**

<http://blog.100-prozent-erneuerbar.de/wordpress/2009/09/11/vaxjo-die-grunste-stadt-in-europa/>

##### **Bruck an der Leiter Österreich,**

[http://www.eurosolar.de/de/index.php?option=com\\_content&task=blogcategory&id?141&Itemid=269](http://www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id?141&Itemid=269)



Das Interview führte **Philippe Bovet** Journalist, Vorstand Grüne Basel-Stadt



Im Ökozentrum sind noch die Stiftung Revita (Kleinwasserkraftwerke) und Salerno Engeler (Sonnen- und Holzenergie) eingemietet.

## Nein zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes

**Am 7. März entscheiden die StimmbürgerInnen über die Senkung des Mindestumwandlungssatzes bei den Pensionskassen. Gegen diese von Bundesrat und eidgenössischem Parlament beschlossene erneute Kürzung der Renten hat ein breit abgestütztes Referendumskomitee, angeführt von Gewerkschaften und den Konsumentenzeitschriften Saldo und K-Tipp, innert kurzer Zeit über 200'000 Unterschriften gesammelt.**

Die 2003 von Bundesrat und Parlament beschlossene stufenweise Senkung des Mindestumwandlungssatzes von 7.2 auf 6.8% bis ins Jahr 2015 ist noch in vollem Gang. Begründet wurde diese Senkung mit der zunehmenden Lebenserwartung der Versicherten. Nun wollen Bundesrat und Parlament einen Schritt weiter gehen. Mit der jetzt zur Abstimmung vorliegenden Gesetzesänderung würde der Umwandlungssatz bis 2015 statt auf 6.8 auf 6.4% gesenkt werden.

Alle Menschen in der Schweiz haben das Recht auf eine angemessene Altersrente. Diese wird durch eine starke AHV und durch eine ausgewogene 2. Säule erreicht. Gemäss Verfassung soll die Altersvorsorge „die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise gewährleisten“. Erklärtes Ziel ist es, dass mit AHV und Pensionskasse zusammen 60% des bisherigen Verdienstes erzielt werden. Der geplante Ren-

tenabbau widerspricht diesem Anliegen. Mit einer weiteren Senkung der Jahresrenten wäre dieser Verfassungsauftrag gefährdet, denn Berechnungen zeigen auf, dass die Jahresrenten bei Annahme der Vorlage bis zu 10% unter den Wert vor 2003 sinken und damit unter die angestrebten 60% der Altersvorsorge gelangen.

Um diese Einbussen zu kompensieren, müssten die Arbeitnehmenden in die 3. Säule investieren, wo bereits heute Versicherungsunternehmen wegen noch tieferer Umwandlungssätze und hohen Verwaltungskosten sehr gut verdienen. Man muss auch beachten, dass sich viele ArbeitnehmerInnen eine dritte Säule gar nicht leisten können und somit die untersten und mittleren Einkommensschichten leer ausgehen.

Die Vorlage ist eine Sanierungsmassnahme für die ins Schlingern und in Misskredit gelangten Pensionskassen. Dass diverse PK's in den letzten Jahren in Schräglage gelangten hat zwei Gründe. Einerseits führt die höhere Lebensdauer der Pensionierten zu Mehrausgaben, andererseits haben auch Börseneinbrüche in den Jahren 2003 und 2008/09 zu Unterdeckungen der Pensionskassen geführt. Gegen die längere Lebenserwartung wurde bereits mit der Senkung des Umwandlungssatzes 2003 reagiert. Dass nun die weiteren strukturellen Probleme der Pensionskassen

erneut mit der Senkung der Jahresrenten gelöst werden sollen, ist nicht gerecht und einseitig auf die Versicherten ausgelegt. Zudem ist nicht erwiesen, dass die längere Lebenserwartung weiterhin so zunimmt wie in den letzten 20 Jahren. Die Befürworter gehen von Annahmen aus, die sie selber bei versicherungstechnischen Fragen nicht anwenden. Dass es Sanierungsbedarf gibt in der Altersvorsorge ist unbestritten. Dass es aber nur in eine Richtung geht ist nicht zu akzeptieren.

Diese Abstimmung ist von zusätzlicher Bedeutung, da sie sich als erste in einer Reihe möglicher weiterer sozialpolitischer Abstimmungen auf nationaler Ebene in nächster Zeit einreicht. Die Revisionen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) und der AHV stehen in diesem Jahr ebenfalls auf der Traktandenliste der eidgenössischen Räte, weshalb diese Abstimmung eine grosse Signalwirkung hat.

**Die Grüne Partei der Schweiz, die auch schon das Referendum unterstützte, hat sich an der Delegiertenversammlung vom 16. Januar klar für ein Nein zur weiteren Senkung des BVG-Mindestumwandlungssatzes ausgesprochen.**



**Harald Friedl**  
Vizepräsident  
Grüne Partei  
Basel-Stadt

## Tierschutzanwalt-Initiative schützt die Würde der Tiere

Es ist ein altes Anliegen von Tierschutzorganisationen, die Interessen geschädigter Tiere in Strafverfahren besser zu schützen. Das Anliegen wurde schon anlässlich der Tierschutzgesetz- und der Strafprozessordnungsrevision diskutiert und jeweils mit knappen Resultaten im Parlament abgelehnt. Die Vollzugsprobleme bei Strafverfahren sind offenkundig und konnten mit dem Tierschutzgesetz nicht behoben werden. Den geschädigten Tieren und den Tierschutzorganisationen, die Anzeige erstatten, wird weiterhin das Recht auf Akteneinsicht und auf Vertretung durch einen Anwalt oder eine Anwältin verwehrt, und sie haben keine Möglichkeit das Urteil anzufechten.

Die Tierschutzanwalt-Initiative ist zurzeit der einzige Weg, beim strafrechtlichen Vollzug des Tierschutzes politische Sorgfalt walten zu lassen, weil eine Mehrheit des Parlaments einen indirekten Gegenvorschlag, zu dem auch die Tierschutzorganisationen Hand geboten haben, abgelehnt hat. Die Erfahrung im Kanton Zürich, der seit 1992 einen Tierschutzanwalt hat, zeigt deutlich, dass dieser von den Behörden und der Bevölkerung getragen wird.



## Atomstrom hinter uns lassen

Das junge grüne bündnis (jgb) setzt einen Schwerpunkt auf die Energiepolitik, konkret auf die Verhinderung neuer Atomkraftwerke. Mit einer Aktionsreihe und verschiedenen Informationsveranstaltungen rund ums Thema AKW und erneuerbare Energien wollen wir unseren Teil dazu beitragen, dass bei einer allfälligen Abstimmung (frühestens 2013) neue AKWs abgelehnt werden.

Zum Start der Aktionsreihe zeigte das jgb am Dreikönigstag im Neuen Kino den Film „Uranium – is it a country?“. In schockierenden Bildern zeigt dieser Film einer jungen deutschen Filmgruppe die oft vergessenen Nebeneffekte des Uranabbaus in Australien. So hinterlässt der Uranabbau z.B. riesige Felder mit strahlendem Schlamm und verschlingt jeden Tag gigantische Wassermengen. Nach dem fast einstündigen Film diskutierten die knapp 40 Anwesenden mit Jürg Stöcklin in angeregter Atmosphäre über die politischen Konsequenzen des Films und mögliche Wege zur Verhinderung neuer Atomkraftwerke. Dabei zeigte sich Jürg zu-

versichtlich. Nicht einmal mehr die Atomlobby bestreite heute, dass die AKWs keine Zukunft mehr hätten; dass selbst die AKW-Betreiber ihre Kraftwerke nur mehr als Übergangslösung sähen, sei ein erster Erfolg.

Die spannende Diskussion wurde vom Besuch der drei Könige abgerundet, diese brachten statt Myrrhe, Weihrauch und Gold zwei Königskuchen sowie ein grosses, schweres Buch. Dieses Buch markierte gleichzeitig den Start der Aktionsreihe und wird uns künftig bei allen Aktionen begleiten. Im Buch sammeln wir Fingerabdrücke als Verpflichtung, sich gegen neue AKWs zu wehren. Die erste Seite haben wir im Januar bereits gefüllt.

Unsere allererste Aktion zum Thema fand aber aus aktuellem Anlass noch ohne Buch und vor dem offiziellen Start statt. Die Baselbieter Regierung hatte im November bekannt gegeben, sie sähe – im Gegensatz zu Basel-Stadt – kein Problem in der revidierten Notfallschutzverordnung des Bundes. Diese definiert die Gefahrenzone um ein AKW als

einen absurden Kreis mit Radius 20 Kilometer. Das hat z.B. zur Folge, dass die Einwohner von Lausen offiziell bedroht sind und Jodtabletten nach Hause erhalten, die Einwohner von Liestal hingegen nicht. Das jgb protestierte, indem wir an die Liestalerinnen und Liestaler Jodtabletten-Imitate verteilten, betonten dabei jedoch, dass der beste Schutz der Verzicht auf neue AKWs sei. Die gelungene Aktion brachte uns einen ganzseitigen Artikel in der BZ ein.

Unsere nächste Aktion findet am Mittwoch, 28. April um 19 Uhr im Palazzo in Liestal statt.

Unser Thema: Vision einer Schweiz, Energieversorgung der Zukunft ohne Atomstrom. Nach einem informativen Film dürfen wir unsern Gast Christoph Seiberth (Geschäftsführer des Ökozentrums Langenbruck) begrüßen. Mit ihm werden wir uns über die Alternativen zu AKW, Stromlücke und Co. unterhalten.

Mehr Infos gibt es bald auf unserer Website:  
[www.jungesgruenesbuendnis.ch](http://www.jungesgruenesbuendnis.ch).

*Ramon Glatz, Vorstand jgb*



**Der Vorstand des jungen grünen bündnis NWCH (jgb)**

hinten von links nach rechts: Basil Schmid, Benjamin van Vulpen, Mirjam Ballmer, Fabio Gassmann, Ramon Glatz  
vorne von links nach rechts: Laura Schwab, Lena Signer, Anina Ineichen  
abwesend: Franca Mader, Andrea Amstad, Catherine Zemp

## Infomarkt und Varia

### Interna

#### Neue Website und Mailadresse:

Wie im vorletzten Grünen Pfeffer angekündigt (siehe Nr. 03|2009) haben wir nicht nur das Design des Grünen Pfeffers aufgepeppt, sondern auch unsere Webseite neu gestaltet. Seit Ende Januar zeigt sie sich in einem neuen, dem nationalen Auftritt angepassten, Kleid und unter einer neuen Adresse:

[www.gruene-bs.ch](http://www.gruene-bs.ch)

Das Sekretariat hat im gleichen Aufguss eine neue Mailadresse erhalten:

[sekretariat@gruene-bs.ch](mailto:sekretariat@gruene-bs.ch)

#### Kantonale Abstimmung vom 7. März 2010

Kantonale Initiative „Für die Umzonung des Landhofs: Der Landhof bleibt grün“

Beschluss des Grossen Rates vom 19. September 2009 betreffend Gegenvorschlag.

Ein ausführlicher Beitrag zur Vorlage ist auf den Seiten 2-3 zu finden. Die Parolenfassung erfolgt an der Mitgliederversammlung vom 9. Februar 2010 (nach Redaktionsschluss). Die Parolen werden auf unserer Website publiziert.

### Interna

#### Neu in der Geschäftsleitung

An der Vorstandssitzung vom 26. Januar 2010 wurde Mirjam Ballmer neu in die Geschäftsleitung der Grünen Basel-Stadt gewählt.



### Parolen der Grünen Schweiz

#### Nationale Abstimmungen vom 7. März 2010

Parolen der Grünen Partei der Schweiz, gefasst an der an der nationalen Delegiertenversammlung vom 16.01.2010.

**Stimmfreigabe** zum Bundesbeschluss zu einem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen

**JA** zur Volksinitiative „Gegen Tierquälerei und für einen besseren Schutz der Tiere (Tierschutzanwaltschaft-Initiative)“

**NEIN** zur Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters- Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Referendum NEIN zum Rentenklau).

### Termine

#### Sessionsgespräche

**Mittwoch 24. März 2010**

unsere Grünen Nationalrätinnen Anita Lachenmeier und Maya Graf berichten aus Bern.

#### Jahresversammlung der Grünen Partei

**Dienstag 20. April 2010**

Separate Einladung folgt per Post

#### 1. Mai-Veranstaltung

**Samstag 1. Mai 2010**

Auch in diesem Jahr werden wir wieder auf dem Barfüsserplatz präsent sein.

**notiert euch schon jetzt alle Termine. Details folgen zu einem späteren Zeitpunkt!**

Details zu allen Veranstaltungen auf unserer neuen Website: [www.gruene-bs.ch](http://www.gruene-bs.ch)

### Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- o **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.- (Reduktion für Erwerbslose)
- o **Ich interessiere mich für die Grüne Partei!** Bitte nehmt mit mir Kontakt mit mir auf
- o **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.--

Name, Vorname: .....

Strasse: ..... Plz./Ort: .....

E-Mail: ..... Tel.: .....

Einsenden an: **Grüne Basel-Stadt, Greifengasse 7, Postfach 1442, 4001 Basel**  
E-Mail: [sekretariat@gruene-bs.ch](mailto:sekretariat@gruene-bs.ch)

Konto: **PC 40-19338-4**  
Website: [www.gruene-bs.ch](http://www.gruene-bs.ch)

